

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

## für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 243

Jahrgang 214

**Abend-Ausgabe**  
Mittwoch, 1. Juni

**Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mal breite mm-Größe 100 A. Die Spalte 90 mal breite mm-Größe 100 A. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale.  
**Gefäßliche Halle-Saale:** Leipzig Straße 61/62. Fernruf Zentral 7801, werktags von 7 Uhr an Redaktion 5808 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

### Amerika für Aenderung des Friedensvertrages

#### Was Amerika verlangt

v. Paris, 1. Juni.

„New York Herald“ will an erster Stelle in New York wissen, haben, daß Staatssekretär Hughes in London, den 28. Mai, die amerikanische Forderung des Friedensvertrages an einem für den Ausbruch des Genats für amerikanische Angelegenheiten annehmbar annehmen, das Unternehmen aber als unmöglich anerkennen haben. Beide erklärten sich nicht für einen Vertrag, der die amerikanischen Rechte durch besondere Klauseln rühre. Diese bestimmen, daß Deutschland den Vereinigten Staaten das Recht anerkenne, in der Frage der Raubschiffe mitzusprechen und bei Verteilung der ehemaligen deutschen Kolonien mit zu entscheiden. Häufig soll Deutschland durch eine dritte Klausel die Möglichkeit der Wiederannahme der deutschen Ämter in den Vereinigten Staaten anerkennen.

#### Der Streit um Boulogne

v. Paris, 1. Juni.

Neben den Inhalt der französischen Antwort auf die letzte englische Note, die, wie die Fotoagentur meldet, gestern dem englischen Botschafter in Paris übergeben wurde, schreibt das „Journal des Debats“, die französische Regierung erkläre darin, daß sie demüßigt sei, das englische Gefühl nicht zu verletzen und sich erster Einwendungen den Vorzug, Appella als Sitz der Souveränität zu bestimmen, annehme. Indessen sei sie dem jüngeren Zusammentritt des Obersten Rates geneigt. Es seien in erster Linie Schwierigkeiten praktischer und persönlicher Art, die dem entgegenstünden. Premierminister Lloyd George sei während eines Zitates der Woche abwesend. Ministerpräsident Briand werde in Paris durch die Besuchsverhandlungen festgehalten, und auch Graf Forza imn nicht rechtzeitig nach Boulogne abreisen. Die französische Regierung habe den Eindruck, daß ein Zusammentritt des Obersten Rates eine Erregung der öffentlichen Meinung hervorrufen würde, die der Ruhe der Verhandlungen wenig günstig sei. Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberdeutschland müsse deshalb als Vorbedingung für eine Zusammenkunft der Regierungschefs betrachtet werden.

Neben der französischen Äußerungen, die darauf in der Note folgen, teilt der „Temps“ mit, daß sie sich auf folgende drei Punkte beziehen:

1. Ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Vertreter in Paris und Brüssel zum Zweck der tatsächlichen Entlohnung der Deutschen und Polen in Oberdeutschland und Beendigung der Unruhestörungen.

### Loucheur über den Wiederaufbau

v. Paris, 1. Juni.

In der gestrigen Radmittagsführung des Genats kündigte Minister Loucheur bei Beratung des Budgets für den Wiederaufbau, die Pensionen und die Zulagenungen an die Gehilfen des Regierungsprogramms für den Wiederaufbau. Er erklärte sich für eine Dezentralisation und ging absonn zur Bewilligung Deutschlands über. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung deutscher Arbeiter in großem Umfang aus den verschiedensten Gründen abgelehnt werden müsse, zumal über deshalb, weil man einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte in West behalten müsse. Aber Deutschland könne die Kosten durch seine Arbeiter auf diesem Gebiet Materialien vorzuziehen, die in Frankreich für den Wiederaufbau verwendet werden können. Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müsse sich auf die sofort verfügbaren Gebiete, die von der Bevölkerung nicht im Moment bedient werden. Er müsse sagen, daß durch eine zeitliche Begrenzung die Frage der tatsächlichen Anstufung der Deutschen hätte die Befreiung von 25 000 französischen Arbeitern angeboten. Er habe verlangt, daß man fester gebaute Häuser liefere. Darüber werde berichtet. Etwa 1000 Häuser im Monat geliefert werden. Durch die vollständige Erneuerung eines Territoriums von 30 bis 35 Prozent im Verhältnis zu den Kosten der Steinkohle erzielt. Wenn uns die Deutschen keine angemessenen Preise machten, so sei man nicht gezwungen, ihnen zum Auftrag zu erteilen. Er hoffe, von den Deutschen Material zu verlangen, aber nur in dem Maße, als dadurch die nationale Industrie nicht gefährdet werde, die die Industrie Frankreichs durch sich auch nicht der Konkurrenz hingeben. Sie müsse sich vielmehr auf den Kampf mit der deutschen Industrie beschränken. — Der Senat legte die Einzelberatung über das Budget zum Abschluß gelangen. Die sonst die Bewilligung eines neuen Budgetartikels notwendig wurde.

Am Senat brachte Herr eine Resolution ein, wonach der Senat verlangen soll, die Londoner Beschlüsse, die gemeinsam mit der Reparationskommission gefaßt worden seien, dem Finanzministerium und dem Auswärtigen für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt werden sollen, damit die Ausschüsse versuchen, die erzielten Entscheidungen eine Abänderung heben und die Beschlüsse der Generalversammlung des Parlamentes bedürfen. Nach

### Das Vordringen des Judentums

#### Die Bedeutung der Berufung Rathenaus

Die Ernennung Walter Rathenaus zum Reichsaufbauminister ist ein neuer Triumph in dem Siegeslauf des Judentums, der überall in der Welt mit stiller oder lauter Freude begrüßt werden wird, wo immer Juden todtren.

In Deutschland sind namentlich zwei Dinge geeignet, die unbedingte Vorherrschafft der Juden in die Augen springen zu lassen: Einmal die Tatsache, daß das deutsche Staatsgrundgesetz, die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919, von einem Juden, dem demokratischen Abgeordneten Dr. Preuß, geschrieben wurde. Damit ist sinngemäß zum Ausdruck gekommen, daß die Staatsform des Parlamentarismus, in welcher sich die internationale Sozialfinanzamungshindernisse betätigen kann, und die deshalb von ihr seit Jahren auch für Deutschland gefordert worden ist, von einem Vertreter dieser internationalen Richtung ihre Formulierung und sichtbare Festlegung erhalten hat. Und zum anderen der Umstand, daß im Rahmen dieses Staatsgrundgesetzes das zurzeit bedeutungsvollste Amt, der Posten des Aufbauministers, einem der markantesten Vertreter des internationalen Judentums in die Hände gelangt wurde.

Das Ministerium des Wiederaufbaues ist deshalb so wichtig, weil ihm nach der Annahme des Entente-Ultimatums vom 10. Mai die Hauptaufgabe bei der Ausführung der Reparationsforderungen der Feinde zufallen wird. Da nach der Ansicht der namhaftesten deutschen Volkswirtschaftler die übernommenen Verpflichtungen nur zu einem Teil ausgeführt werden können, wird man den Minister Rathenaus bald zu drastischen Mitteln und damit zu der verhängnisvollsten Ausprägung der deutschen Wirtschaft schreiten sehen, um der am 10. Mai geleisteten Unterschrift nach Möglichkeit gerecht zu werden. Es ist gewiß kein Zufall, daß das Kabinett Wirth — eine Reuauffassung des Kabinets Erzberger-Scheidemann, das unter 12 Ministern vier Juden enthält, also 33%, während der Anteil der jüdischen Bevölkerung im Reich nur 1% der Gesamtbevölkerung ausmacht — bei der Weisung des Aufbauministeriums gerade auf Walter Rathenaus verfiel. Denn Walter Rathenaus ist der Mann, dessen Hirn während des Krieges der Gedanke der Zwangswirtschaft entpand, und der dies System der wirtschaftlichen Zerstörung und Vergewaltigung bis ins kleinste hinein organisierte und ausbaute. Das ist in der breiten Öffentlichkeit deshalb nur selten einmal bekanntgeworden, weil Rathenaus flug genug war, selber immer im Hintergrunde zu bleiben, wenn er seinen Maßstabgenossen nahezu unbegrenzte Möglichkeiten des Erwerbes und der persönlichen Sicherung suchte. Wie damals das deutsche Wirtschaftskleben unter staatlicher Reglementierung eingegrenzt und ausgepumpt wurde, so ist zu befürchten, daß jetzt unter Rathenaus eine neue und noch weit gefährlichere Periode der Ausplünderung und Vertilgung der deutschen Wirtschaft folgen wird.

Man könnte vielleicht einwenden, daß Rathenaus im gegenwärtigen Stadium eine andere Methode befolgen werde, weil durch die Leistungen an das Ausland auch die in Deutschland ansässigen Juden in Mitleidenhaft gezogen würden. Wer dagegen die tiefstehenden Zusammenhänge betrachtet, wird finden, daß solche Erwägungen gegenstandslos sind. Das Judentum hängt in der ganzen Welt eng zusammen, und was die in Deutschland handelsgerichtlich eingetragenen jüdischen Firmen durch die Reparationszahlungen verlieren, das gewinnen deren Filialen oder Mutterhäuser in den Ententeestaaten. Einen anschaulichen Beweis für die internationale Verflechtung der jüdischen Sozialisiererte ist der Vorgang bei den Beratungen der Finanzkommissionen vor der Unterzeichnung des Versailleser Vertrages im Frühjahr 1919 in Paris, der es verdient, der deutschen Öffentlichkeit immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden: Als Führer der deutschen Finanzdelegation trat der jüdische Bankier Warburg aus Hamburg auf, während der Führer der französischen Delegation den Namen Warburg trug. Es stellte sich heraus, daß der „Fronsoje“ Warburg der zwei Jahre ältere reiche Bruder des „Deutschen“ Warburg war, und daß diese Brüder (der dritte lebt in Amerika, war aber merkwürdigerweise nicht als Führer der amerikanischen Delegation anwesend) Anhänger des selben Bankhauses (Gebrüder Warburg, Hamburg-New-York-Paris) sind. Wie hier ein Zusammenhang auf

2. Eine Proklamation oder etwas Ähnliches an die obersteinständige Bevölkerung seitens der alliierten Kommission in Appels, worin der Wille der Regierungen zum Ausdruck kommen soll, mit strenger Gerechtigkeit den Friedensvertrag anzuwenden.  
3. Sofortige Bildung der Sachverständigenkommission, die an Ort und Stelle ihre Erhebungen vornehmen soll.  
„Daily Express“ meldet: Die Eröffnung der Sitzungen des Obersten Rates in Boulogne werden zum mindesten nicht vor zehn Tagen stattfinden können.

Wie Neuter erfährt, geht der letzte Vorschlag der englischen Regierung dahin, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte nächster Woche in Boulogne stattfinden. Auf der Tagesordnung steht Oberdeutschland, möglicherweise auch Prüfung der Sanitionen. Außerdem ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die durch die Regierung von Angola geschaffene Lage besprochen werden wird. Es ist sicher, daß die Vereinigten Staaten und Japan beitreten sich werden.

Neuter zufolge soll Belgien an der Teilnahme an der Konferenz des Obersten Rates in Boulogne teilnehmen, wenn Fragen der Reparation oder der Zwangsmaßnahmen erörtert werden. Wie Neuter außerdem meldet, ist bisher der Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der oberdeutschlichen Frage zu ernennen, noch nicht formell angenommen worden. Man ist hier der Ansicht, daß die Ernennung von Sachverständigen, bevor die allgemeinen Bestimmungen, die sie bei ihrer Arbeit befolgen sollen, vom Obersten Rat bestimmt worden sind, kaum eine Lösung der oberdeutschlichen Frage fördern würden. Die britische Ansicht geht dahin, daß der Oberste Rat zuerst zusammenzutreten müsse, und zwar sobald wie möglich.

### Frankreich stimmt der Teilung zu

v. London, 31. Mai.

Die Times melden, daß die französische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgeschlagen wird, daß der mittlere Teil Oberdeutschlandes zwischen den nördlichen und südlichen Gegenden hinweg unter Besetzung durch alliierte Truppen über gelassen wird. Die französische Regierung lehnt es auch nicht ab, den mit dem westlichen britischen Vorschlag zusammen, nachdem die Bezirke im Norden und Süden Oberdeutschlands, die nach allgemeiner Ansicht an Deutschland hing, an Polen fallen sollen, sofort von der deutschen bzw. polnischen Regierung besetzt werden sollen. Die Franzosen seien der Ansicht, daß, nachdem sich bereits bereitwillig habe, seine Autorität an die internationalisierte Sachverständigenkommission abzutreten, keine Notwendigkeit für die Einsetzung deutscher und polnischer regulärer Truppen besteht.

Die britische Ansicht in dieser Frage lautet der „Times“ zufolge daraus hinaus, daß 1. kein Ansehen dafür bestehen, daß Korpsen seinen Besatzung durchführen, und daß 2. falls dies doch eintreten sollte, dies umso besser sei, wenn es würde denn den Polen leichter sei, Weg und Abzug zu befehlen.

dem Herr seinen Antrag begründet hatte, ergreift Ministerpräsident Briand das Wort und sagte u. a.: Die Reparationskommission habe ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit vollendet und Deutschland das Ergebnis mitgeteilt. Deutschland habe angenommen. Briand wies auf die Gefahr hin, die eine Abänderung des Beschlusses der Reparationskommission mit sich bringen würde und für die er die Verantwortung nicht übernehmen könne. Er sagte: 132 Milliarden Goldmark, das seien 270 Milliarden Francs, das sei doch immerhin eine Summe Welches Gewicht, man solle erklären, daß es sich um eine Abänderung des Versailleser Vertrages handle, dann würde nichts mehr existieren, weder der Friedensvertrag noch die Reparationskommission, und wenn der Friedensvertrag einmal gerissen sei, dann müsse man sich eine Politik ausdenken, der man folgen könne. Diese Politik würde dazu führen, daß Frankreich isoliert würde. Durch den Versailleser Friedensvertrag wurde bestimmt, daß Deutschland als verantwortlicher Teil alles bezahlen müsse. Da es dies aber nicht könne, so habe man ihm einen Teil seiner Schuld erlassen. Die Reparationskommission habe ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit vollendet und Deutschland das Ergebnis mitgeteilt. Deutschland habe angenommen. Die Regierung stelle ungenau die Vertrauensfrage, lehne aber den Antrag ab.

Die Resolution geht wurde darauf mit 268 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Das Budget der Ausgaben, die von Deutschland zurück-erhalten werden sollen, wurde vom Senat angenommen und an die Kammer zurückverwiesen.

### Bankrott des Bolschewismus

Senat beschäftigt laut Nachrichten aus Sowjetrußland eine Reihe von Dekreten über die Zurückgabe der Fabriken und Internierungen mit weniger als 800 Arbeitern an ihre Besitzer zu lassen. Die Einnahmen sollen durch den Staat kontrolliert werden. Ferner wird beschäftigt, alle britischen Verwaltungsbehörden dem Bolschewikariat des Innern und alle Wirtschaftskontrollstellen (außer-entfachte Kommissionen) dem Obersten Tribunal zu unterstellen.













